

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gemeinschaft 25 241
Zur Nr. Nachrichten: 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Aufnahme in Dresden oder durch die 12 monatlich M. 560.—
Einzelnummer M. 30.—, Sonntagsausgabe M. 40.—.
Die 12 tägige 12 mm breite Zeit. M. 7.—, außerorts 8.—, Familien-
anzahlung und Kleinverkauf unter Wegfall oben weiterer Abgabe M. 30.—
Vorzugsplätze im Carl. Buchverlag Dresden gegen Vorauszahlung

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung
Markenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Gleditsch & Reichardt in Dresden.
Verlags-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung d. „Dresdner Nachr.“ zulässig. — Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

Allenberg Sport-Hotel im Erzgebirge
Altes Amtshaus und Amtshof
Erstklassige Zimmer :: Zentralheizung :: Auto-Garage
Gute Küche :: Erstklassige Weine
Tel.: Amt Lauenstein 9 Dir.: W. Hecker

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14028, 14034, 14038 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20954
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Kakao
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roellig, Dresden-U. Prager Straße 23

Bonar Law gegen die Gewalt.

Eine Erklärung des englischen Premiers im Unterhause.

London, 14. Dez. Im Unterhause erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland eine in Zusammenhänge sehr nahe sei. Großbritannien könne seiner Aktion gleichgültig zu sein, die wahrlich in sich zur Folge haben werde, daß keine Reparationen geleistet würden, und es schwierig, wenn nicht unmöglich machen würde, sie zu erheben. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung die Zwischenzeit zu einem Meinungs-austausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Behandlung der Frage zu finden. (B. T. B.)

Lord Grey für vollständigen englischen Schuldenerzähl.

London, 14. Dez. Bei einer Erörterung über die Reparationsfrage und die Frage der internationalen Schulden im Unterhause sprach Lord Grey darauf, daß die Reparationsfrage mit der Frage der internationalen Schulden als ein Ganzes betrachtet werde. Im Interesse des vollständigen Friedens und des wirtschaftlichen Niederkommens Europas sollte Großbritannien die Schulden seiner Bundesgenossen unterstützen. Frankreich wünsche in erster Linie Sicherheit, die es für sich selbst für nötig halte und die es durch das Nichtabhandeln des englisch-französisch-amerikanischen Paktes verloren zu haben glaube. Lord Salisbury behauptet, daß die Londoner Konferenz einen Abbruch bedeute. Tatsächlich handle es sich nur um eine Vertagung. (B. T. B.)

Vor einer stürmischen Sitzung des französischen Parlaments.

(Eigenes Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 14. Dez. In politischen Kreisen ist man sehr der Ansicht, daß Poincaré sich morgen einer Ansprache in der Kammer nicht enthalten können wird. Infolgedessen ist eine stürmische Sitzung des französischen Parlaments für morgen voranzuschreiten. Von den vorliegenden Interpellationen dürfte die des Abg. Poincaré die für Poincaré gefährlichste sein und zwar aus mehreren Gründen. Poincaré steht im Mittelpunkt der politischen Zusammenkünfte, bei denen in letzter Zeit die neue Politik Poincarés vorbereitet werden ist. Ueber die Frage der Ruhrbesetzung ist noch immer nichts Entscheidendes beschlossen worden. Es wird hier viel von der morgigen Kammer-Debatte abhängen. Ein eventuelles militärisches Vorgehen Frankreichs in Deutschland verleiht man heute in politischen Kreisen dadurch Schmachhaft zu machen, daß man erklärt, die Rede Poincarés werde seine in jeder Hinsicht Abwechslung gegenüber der Zielsetzung des Abtritts Poincarés, als Lord George erklärt habe: Ihr werdet die

Die Fortsetzung der polnischen Aussprache in der Kammer.

Paris, 14. Dez. Vor Beendigung der heutigen Kammer-Sitzung wies der Kammerpräsident darauf hin, daß der Tag der Beratung der über die Londoner Konferenz eingereichten Interpellationen der Abgeordneten Daudet, Georgeot, Mauret und Cahen in schlichter Weise werden müsse. Poincaré teilte mit, er werde zu Beginn der morgigen Sitzung eine kurze Erklärung abgeben, der er jedoch nichts hinzufügen könne, da die diplomatischen Verhandlungen im Gange seien. Er verhoffte es also der Kammer, ihre Tagesordnung festzusetzen. Abg. Daudet, der hierauf das Wort erhielt, verlangte für die morgige Verhandlung vorzugsweise Erörterung der neu eingereichten Interpellationen. Demgegenüber stellte sich Tardieu auf den Standpunkt, daß die vor vier Wochen unterbrochene Interpellationsdebatte in aller Reihenfolge fortgesetzt werden müsse. Die Kammer schloß sich mit großer Mehrheit der Ansicht Tardieus an. Die morgige Nachmittags-Sitzung beginnt um 3 Uhr. (B. T. B.)

Die Einschätzung der französischen Reparationspolitik in Amerika.

Paris, 14. Dez. Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat der Abgeordnete Burton, der, wie gemeldet, gestern in einer Versammlung von Geschäftsleuten eine Rede über die internationalen Schulden hielt, sich hinsichtlich des Ausmaßes und der üblichen Rückzahlungsberechnungen gegen ein zu hartes Vorgehen ausgesprochen. Er sei keineswegs der Ansicht, daß es Deutschland erlaßten werden dürfte, den höchsten Linsen Zahlungsfähigkeit entsprechenden Entschädigungsbeträge zu zahlen. Aber es sei auch nicht wünschenswert, daß das deutsche Volk zur Rücksichtlosigkeit erzieht werde oder daß man ihm und seinen künftigen Generationen eine derart drückende Last auferlege, deren es sich unmöglich entledigen könnte. Es sei zu bedauern, daß die öffentliche Meinung in amerikanischen europäischen Ländern, namentlich in Frankreich, Sympathien zeige, die das deutsche Wirtschaftswesen gefährdeten. Solange die imperialistischen Bestrebungen die Oberhand hätten, sei die Rückkehr Europas zu seinem alten Wohlstand unmöglich gemacht. Für die Vereinigten Staaten wäre es die beste Art, Europa zu Hilfe zu kommen, wenn sie an den folgenden Grundgedanken in der Außenpolitik festhielten. Ueberall offene Türen, allgemeine Verwaltung der internationalen Verkehrswege und Aufrichtung von Schiedsrichtern bei internationalen Streitigkeiten. (B. T. B.)

Die Stellung der Industrie zur Regierungspolitik.

Aufklärungen Dr. Gorges im Reichswirtschaftsrat.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Dez. Im Reichswirtschaftsrat erklärte heute vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorstände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr.-Ing. Gorges, gegenüber wirtsch. Nachrichten über die Stellung der Industrie zur Regierung: Die Nachrichten über einen von mir nachgekauften oder ausgeführten Besuch beim Reichskanzler sind unrichtig. Ebenso sind die Einzelheiten einer angeblichen Unterhaltung, die gelegentlich dieses Besuches stattgefunden haben sollen, nicht oder wenigstens nur zum geringen Teil zutreffend. Eine Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und mir hat gelegentlich der ersten Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrates vorgezogen hier stattgefunden. In ihr wurde auch die bekannte erste Notiz der Deutschen A. I. A. angelesen. Ich erklärte, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie dieser Notiz vollkommen fernstehe. Ich fügte weiter hinzu, daß der Reichsverband es für seine Pflicht halte, die Regierung in der letzten schwierigen Lage zu unterstützen. Die Industrie sei auch bereit, an jeder Lösung, die eine dauernde Befriedigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands verpflichtet, mitzuwirken. Ich halte mich für verpflichtet, diese Erklärung hier abzugeben, weil ich wünsche, die eine Diskonanz zwischen Regierung und Industrie konstruieren wollen, nicht nur für verwerflich, sondern geradezu für ein Verbrechen am Vaterland halte. (Sehr richtig, bravo, sehr gut!)
Sodann wurde

wurde. An der Mitherte trage zum großen Teil die verläßt Arbeiterschaft die Schuld. Schließlich fand der Arbeitgeberantrag auf Erzielung der dieobestimmten Bestimmungen Annahme. Beim § 4 wurde auf Arbeitgeberantrag ausdrücklich festgestellt, daß das Gesetz keine Anwesenheit auf antike Betriebszweige und Nebenbetriebe der Land- und Forstwirtschaft findet. Auch für die beim Hofen umschlag beschäftigten Personen sollen die Bestimmungen keine Geltung haben. Der § 8, der es verbietet, daß Arbeiter Arbeiten außerhalb des Betriebs übertragen werden, wurde nach einem Antrag der Arbeitgeber gestrichelt.
Reparationsvorschläge der Industrie?
Dem „B. T.“ antwortete ich damit zu rechnen, daß die deutsche Industrie von sich aus bestimmte Vorschläge zum Reparationsproblem machen werde.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 14. Dez. Eine außerpolitische Debatte im Reichstag wird vor der Fortsetzung der unterbrochenen Londoner Konferenz nicht für opportun gehalten. Der Minister des Auswärtigen wird seine Mitteilungen entweder im Auswärtigen Ausschuss oder in einer Konferenz entweder im Reichstag machen. Der Reichstag rat des Reichstages beschloß, den Versuch zu machen, an diesem Sonntag abend mit dem vorgenommenen Arbeitspensum fertig zu werden, so daß dann die Weihnachtspause eintreten kann. Die Erörterung über die Interpellationen wegen Annahme der Feiertage wurde hinausgeschoben, weil mit den einzelstaatlichen Regierungen Verhandlungen über die Wiedereinrichtung der Feiertage im Gange sind. Nach Winternachten wird der Reichstag in den Tagen zwischen dem 10. und dem 17. Januar wieder zusammenkommen.

Dollar (Amtlich): 7675
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7750

Bayern und das Reich unter Dr. Cuno.

Wenn es der Ton ist, der die Musik macht, so scheint der neue Reichskanzler Dr. Cuno den richtigen Ton gegenüber Bayern gefunden zu haben, der endlich zu dem erlöschenden Einklang zwischen der Reichsleitung und dem zweiten deutschen Bundesstaate führt. Bisher hat es in Berlin immer an dem genähten Verhältnis für die bayrische Eigenart und für die nationale Notwendigkeit ihrer besonderen Pflege und Schonung gefehlt. Man behandelte die Münchner durchgehends ein bisschen von oben herab, reizte dadurch ihr berechtigtes Selbstbewußtsein und schuf so einen feindlichen Boden, auf dem fortgesetzt neue Feindungen ins Kraut schossen. Dadurch wurde die Beilegung von Konflikten ungemein erschwert und in keinem Falle konnte man sagen, daß eine heikle Angelegenheit in reiflos zufriedener Weise für beide Teile erledigt worden wäre. Diesmal ist es anders. Die Drohkraut der Entente wegen der Vorfälle in Passau und Ingolstadt, die früher heftige Auseinandersetzungen zwischen Berlin und München gezeitigt haben würde, hat in den beiderseitigen Beziehungen kein Wässerschen getrübt. Statt und rasch ist die Sache geordnet worden und nicht die Spur eines Niederschlags von Veräufmung und Verärgerung ist zurückgelassen. Bayern hat unter voller Billigung der Reichsregierung seine Ehre und Würde verteidigende Zustimmung von der Schwelle aus zurückgewiesen, sich aber auch nicht der Einsicht vergeschlossen, daß die obere verantwortliche Stelle im Reich sich in einer Zwangslage befand, in der ihr nur der Ausweg blieb, unter Protest gegen die Rechtsverletzung die Zahlung der geforderten oder, richtiger gesagt, erreichten Geldsumme zu leisten. Sowohl der Ministerpräsident v. Kulling wie die Bayerische Volkspartei haben sich in so offener und tonloser Weise hinter die Reichsregierung gestellt, daß an der Aufrichtigkeit dieser Haltung kein Zweifel obwalten kann. „Sprechen Sie nicht paß!“ rief Dr. v. Kulling den unzufriedenen Delegationen zu, die immer jede Meinungsverschiedenheit aus äußerer Anzuehlichkeit und auszusprechen bereit sind, ohne jeden Sinn für realpolitische Zwangslagen. „Sie dürfen glauben, daß sich die Reichsregierung zu ihrem Entschluß nur nach schwerem Kampfe durchgerungen hat, um das unvermeidliche Opfer auf das Reich zu übernehmen und es seinen bedrohten Teilen zu ersparen.“ Und die Bayerische Volkspartei hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden Deib erklärt, sie nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Reichsregierung keinerlei Versuch gemacht habe, die Stellungnahme der bayrischen Regierung irgendetwas zu beeinflussen. Mit diesen Aussagen kann Dr. Cuno zufrieden sein. Wenn der neue Reichskanzler einen Fall, der nach allen freibaren Erfahrungen eine neue Entladung der Konflikte zwischen Bayern und dem Reich befürchten lassen würde, sozulagen im Bundesumdeuten in freundschaftlicher Weise erledigen konnte, so ist das ein Beweis dafür, wie segensreich für die Befriedigung des bundesstaatlichen Gedankens die Befegung des Reichskanzlerpostens mit einer Persönlichkeitskraft ist, die selbst den nationalen Sezen einer ungemessenen Entfaltung der schaffenden Heimatskräfte kennen gelernt hat.

Dr. Cuno ist auf Grund seiner Wirksamkeit als Generaldirektor der Dapog seinem Wissen und seiner Lebensanschauung nach als Bankier anzusehen, wenn er auch nicht in Hamburg geboren ist. Er weiß, daß die bankwirtschaftlichen Gemeinwesen sich nie zu ihrer für Deutschlands weltwirtschaftliche Bedeutung aussehloagenden Höhe hätten aufschwüngen können, wenn sie nicht die von bürokratischer Einengung freie Regierung und Verwaltung gehabt hätten, die ganz aus ihrer gesellschaftlichen Entwicklung herausgewachsen, ihren Bedürfnissen und Aufgaben auf den Leib zugeschnitten ist. In solchem Maße, daß die drei Freien und Dankstädte verkümmern müßten, wenn man ihnen ein anderes Regiment als ihre bewährte Senatsverwaltung aufzwingen wollte. In richtiger Erkenntnis dieser natürlichen Zusammenhänge der Dankstädte hat denn auch die Sozialdemokratie nach der Umwälzung nicht an dem Grundcharakter der bayerischen Verfassungen gerüttelt. Ein fester Staatsmann, der auf solchem Boden gewirkt hat, ist mit der Hilfe der bundesstaatlichen Denkmalsart reichlich genährt worden, und von ihm darf man daher auch ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis für die Ziele und Zwecke des Föderalismus erwarten, der nichts mit feindlichem Ueberregismus zu tun hat, sondern die Festigung der Reichseinheit dadurch gewährleisten will, daß er das Reich für alle deutschen Stämme so wohlwollig und behaglich wie möglich einrichtet.

Wie sehr ein starkes bundesstaatliches Selbstgefühl dem allgemeinen vaterländischen Interesse dient, zeigt die Verfassung, die der bayrische Landtag über die Vorfälle in Passau und Ingolstadt geäußert hat. Dr. v. Kulling nahm sein Blatt vor den Mund, sondern sprach frei von der Überweg und gab den Gewalttätern des Reichsbundes einige wichtige Wahrheiten zu hören. Die Angriffe auf die